# Pressespiegel

**Ausgabe: 12.06.2017**

Niederrhein DGB

## Parteien müssen Politik für die Menschen machen

Frankfurt am Main, 10.06.2017
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert vor Bundestagswahl von den Parteien, die Interessen der Arbeitnehmer wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen. „Die Politik muss eine Antwort finden auf die Zukunftsängste der Menschen.

„Die Politik muss eine Antwort finden auf die Zukunftsängste der Menschen. Demokratische Parteien dürfen nicht zulassen, dass Rechtspopulisten Ängste vor sozialem Abstieg und Ausgrenzung ausnutzen, um auf Stimmenfang zu gehen. Verlässliche und gute soziale Absicherung gegen die großen Lebensrisiken und mehr soziale Gerechtigkeit ist die beste Politik für unsere Demokratie aber auch für unsere Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger anlässlich des IG BAU-Regionaltags der IG BAU-Region Rheinland in Düsseldorf.

„Rechte von Arbeitnehmern stehen viel zu oft nur auf dem Papier. Gerade dort, wo keine Betriebsräte über die Einhaltung der Regeln wachen, gibt es Wildwuchs. Wir fordern deshalb eine deutliche Stärkung der Betriebsräte. Das allein wird jedoch nicht reichen. Der Staat hat ebenfalls eine Kontrollaufgabe. Wir brauchen stärkere Arbeitsinspektionen und dafür eine Aufstockung der Stellen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit auf mindestens 10 000, um Lohndumping zu stoppen. Deren Arbeit auf Baustellen kann durch die verbindliche Einführung einer elektronischen Bau-Card deutlich effizienter werden. Mit der Card lassen sich leichter unbezahlte Mehrarbeit und Scheinselbstständigkeit nachweisen. Das beweisen die Beispiele aus anderen EU-Staaten.“

Die IG BAU fordert darüber hinaus massive Anstrengungen für den Erhalt der Infrastruktur. Allein in der Verkehrsinfrastruktur beträgt der Investitionsstau bereits 45 Milliarden Euro. Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Aus Sicht der IG BAU müssen mindestens 80 000 sozial geförderte Wohnungen pro Jahr entstehen, damit der Bedarf gedeckt werden kann. Im Bereich des bezahlbaren Wohnraums fehlen jährlich 60 000 Wohnungen.

Zudem fordert die IG BAU einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Die gesetzliche Rente muss wieder ein gutes Leben im Alter reichen.

Lokalkompass

## IG BAU begrüßt Plan zur Stärkung der gesetzlichen Rente

Frankfurt am Main, 07.06.2017
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt das heute vorgestellte Rentenkonzept der SPD. „Der Vorschlag der SPD zeigt, dass sie verstanden hat. Endlich werden wieder die Menschen in den Fokus der Rentenpolitik gestellt. Das ist höchste Zeit. Zu lange wurde die Leistung der Rentenversicherung völlig außer Acht gelassen. Mit der Fixierung auf das gescheiterte Riester-Modell wurden die Bürger mit der Frage, wie es im Alter weiter geht, geradezu im Stich gelassen. Das jetzt vorgelegte Konzept schafft die von uns geforderte Trendwende“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Das wichtigste Signal ist die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent in einem ersten Schritt. Perspektivisch muss aber in einem weiteren Schritt die Erhöhung des Rentenniveaus angestrebt werden. Denn Armut im Alter darf es nicht geben. Mit der Stabilisierung zeigt die SPD, dass sie die Sorgen vieler Arbeitnehmer vor dem sozialen Abstieg nach ihrem Berufsleben ernst nimmt.“

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat angekündigt, dass die SPD nach der Bundestagswahl ein Gesetz mit doppelter Haltelinie auf den Weg bringt. Danach soll das Rentenniveau in einem ersten Schritt bis 2030 auf den derzeitigen Stand von 48 Prozent stabilisiert werden. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass der Beitragssatz nicht über 22 Prozent steigt. Dazu sollen Menschen, die lange gearbeitet haben, am Ende nicht nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau erhalten, sondern eine Solidarrente die zehn Prozent über der Grundsicherung liegt. Zudem sollen auch Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

„Deutschland kann mit diesem Konzept deutlich gerechter werden. Die Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rente ist überfällig. Es ist unmoralisch, sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden, wohl wissend, dass genau diese Gemeinschaft einen mit der Grundversorgung auffängt, wenn das vermeintlich lukrative private Rentenmodell geplatzt ist“, sagte Feiger. „Nach unserer Vorstellung muss die Versichertenbasis jedoch noch viel breiter aufgestellt werden. Konsequent gerecht ist nur eine gesetzliche Rentenversicherung für alle.“

Lokalkompass